

Plehwe, Dieter

Article — Digitized Version

Markt-Wissenschaft: Entstehung und Wirkung der "Deregulierungswissenschaft"

Forum Wissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Plehwe, Dieter (1994) : Markt-Wissenschaft: Entstehung und Wirkung der "Deregulierungswissenschaft", Forum Wissenschaft, ISSN 0178-6563, Bund Demokrat. Wissenschaftlerinnen u. Wissenschaftler, Marburg, Vol. 11, Iss. 1, pp. 11-14

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122828>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Markt-Wissenschaft

Entstehung und Wirkung der »Deregulierungswissenschaft«

Auch im neuen Deutschland läßt sich nicht mehr nur das Phänomen der Verwissenschaftlichung von Politik beobachten, sondern – neben den bekannten Formen der Politisierung von Wissenschaft – auch die strategische Planung und Inszenierung von scientific events und Expertise. Dazu wurden Instrumente geschaffen, die exemplarisch die für die aktuellen Umstrukturierungen des deutschen Gesellschaftsgefüges maßgeblichen Verbindungen aufscheinen lassen.

Der Aufstieg der neo-liberalen Wissenschaft und das als „ökonomischer Imperialismus“ beklagte Eindringen der neoklassischen Ansätze der Wirtschaftswissenschaft in die Gefilde der Sozialwissenschaften wird von vielen Seiten bedauert und bekämpft, vor allem deshalb, weil neoliberale Ansätze in der Politikberatung auch gesellschaftspolitisch äußerst relevant geworden sind. Unter dem Stichwort „Standortdebatte“ bekommt die neoliberale Deregulierungstheorie und -praxis (eingeschlossen Privatisierung und Flexibilisierung) erneut großen Auftrieb. Anfang 1994 wurde die Liberalisierung z.B. im Verkehrssektor weitgehend durchgesetzt und das Ende des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit beschlossen. Doch da es dem deutschen Unternehmertum nicht schnell genug geht, wird die Deregulierung auf der betrieblichen Ebene weiter vorangetrieben.¹

Woher nimmt das neoliberale Paradigma, der Staat sei ein Versager, und das Heil liege in der freien Entfaltung der privaten Wirtschaft, Flexibilität etc., seine anhaltende Überzeugungs- und Wirkungskraft? Die neoliberale Analyse von Politik und Ökonomie, die „Neue Politische Ökonomie“, ist intellektuell nicht besonders aufregend, die Konstruktion des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft ziemlich schlicht. Der Glaube an die Funktionsfähigkeit von Märkten – die Selbst-Regulierung – wird durch keine Machtzusammenballung bei Großkonzernen, durch keine Umweltvergiftung ernsthaft getrübt. Die zunächst zögerliche Aufgabe des sozialdemokratischen »Modells Deutschland« zugunsten einer deutschen Spielart des Neoliberalismus schien hierzulande eine ernsthaftere Auseinandersetzung um die Funktionsdefizite



und um die Neubestimmung der staatlichen Intervention zu ermöglichen. Die Abwicklung der östlichen Industriegesellschaft im besonderen und die Vereinigungsstrategie auf Pump im allgemeinen verschoben jedoch seit 1989 die Koordinaten für Akkumulation und Regulation.

Die gegenwärtige Krisenkonstellation erleichtert den Erfolg des ideologischen Marktradikalismus in der Politik wie in den Chefetagen der privaten Wirtschaft, auch wenn auf EG-Ebene (das neue Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“) und in Baden-Württemberg (die Zukunftskommission Wirtschaft 2000) neue Überlegungen über Deregulierung und Staatsintervention angestellt werden. Den

einen dienen die Staatsschulden zur Begründung der Suche nach nicht-staatlichen Regelmehanismen, den anderen die Arbeitslosen zur Legitimation der Senkung der Kosten. Die Fundamente für die stärkere Durchsetzung des Neoliberalismus waren indes längst gelegt. Die Wissenschaft spielte dabei eine wichtige Rolle, nicht nur in der Analyse und Aufbereitung des als relevant erklärten Materials, sondern auch bei der Popularisierungsstrategie.

Die zunehmende Inszenierung von Wissenschaft geht mit der weiteren Abwertung des akademischen Wissenschaftsbetriebes einher. Mit dem Keynesianismus begann die intellektuelle Hegemonie in der Wirtschaftspolitik, weil diese nicht mehr nur reflektiert, sondern mit wissenschaftlichen Instrumenten gestaltet wurde.² Nach dem Scheitern der Keynesianer in den 70er Jahren entzieht der »Erfolg« des Marktradikalismus samt entsprechender Politikberatung nun den neoliberalen Intellektuellen selbst die Basis – gefragt werden zunehmend amateurwissen-

schaftliche PraktikerInnen. Hoffähig wurde diese Abwertung der wissenschaftlichen Politikberatung durch die neoliberale Wissenschaft selbst.

Deregulierungswissenschaft

In den USA wurde die neoliberale Wissenschaftsrichtung in den 70er Jahren maßgeblich von privaten Instituten und Stiftungen gefördert, die – durchweg mit Kapital konservativer Unternehmer – schnell expandierten. Konservative Intellektuelle, allen voran Irving Kristol, forderten die Geschäftswelt zur Bildung einer neuen Klasse auf, die der Marktlogik wieder zu ihrem

Recht verhefe: „eine Klasse aus Gelehrten, deren Karriereaussichten nicht vom Staat oder den Universitäten, sondern von der Wirtschaft abhängen müßten. Man bekommt, was man kauft“³.

Die US-amerikanische *Heritage Foundation* sowie andere neoliberal-neokonservative *think tanks* und Medien unterstützten auch den Aufbau des einflußreichen *Adam Smith Instituts* und seiner Schwestereinrichtungen in Großbritannien.⁴ Über diese privaten Einrichtungen wurde der neoliberalen Wissenschaft an den Hochschulen, z.B. in Chicago, wichtige Schützenhilfe geleistet. Zahlreiche Nobelpreise für Chicago-Professoren verstärkten das wissenschaftliche Renommee.⁵ Neue Karriereoptionen wurden geschaffen und ein internationales, institutionelles und intellektuelles Diskurs-Geflecht entwickelt mit einer Mission, die der alte Neo-Liberale von Hayek schon 1944 in seinem Buch „*Der Weg zur Knechtschaft*“ beschrieb.⁶ Wenige Jahre später rief er zusammen mit dem deutschen Vorreiter des Neo-Liberalismus Wilhelm Röpke zur Gründung einer internationalen Organisation, der *Mont Pèlerin Society*, auf.

Die »Mont Pèlerin Society«

1947 folgten ca. 40 namhafte liberale Wissenschaftler, u.a. Hayeks Lehrer von Mises und der amerikanische Monetarist Milton Friedman, dem Ruf in den Schweizer Ort Mont Pèlerin. Den erlauchten Kreis einte der Kampf gegen Keynesianismus und „schleichende Verstaatlichung“ von „freien Märkten“. Die Gesellschaft bezeichnete sich als überparteilich und plädierte für Forschungen, die die „moralische und ökonomische Krise“ der Zeit – gemeint waren die zunehmende Staatsintervention und die Ausbreitung des Sozialismus – untersuchen und Politik gegen die „Bedrohung der Freiheit“ entwickeln sollten.

„Wie kaum eine andere Institution hatte diese Gruppe als eine der grossen »Produktionsstätten« liberaler Geistesstradition ... im Zeitalter des kalten Krieges wirkungsvoll gegen den modischen Zeitgeist gekämpft.“⁷ Über die Jahre wuchs die ohne große Öffentlichkeit arbeitende *Mont Pèlerin Society* weltweit auf über 100 WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen an. In den 60er Jahren zählten Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack ebenso zu den Mitgliedern wie Giscard d'Estaing oder der Vorsitzende des Nobelkomitees, Erik Lundberg. Alljährlich trifft sich die Gruppe zu einer intellektuellen Jahrestagung. Erfolge ihrer kontinuierlichen Bemühungen errangen die Neoliberalen Ende der 70er Jahre, nach der Weltwirtschaftskrise 74/75 und dem offenkundigen Scheitern der sozialdemokratischen Ansätze: In Großbritannien siegte Thatcher, in den USA die *supply side revolution* unter Reagan. Auch in wichtigen internationalen Gremien setzte sich das neoliberale Gedankengut durch.⁸

Deutsche Vertreter des internationalen Verbundes sind überwiegend im Umfeld des *Kronberger Kreises* (s.u.) und der wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift *Ordo-Jahrbuch* versammelt.⁹ 1979 erschien das *Jahrbuch* als Festschrift zum 80sten Geburtstag von Hayeks mit Beiträgen von vielen bedeutenden Personen des neoliberalen Netzwerks. Hier versammelten sich u.a. die Chicago-Wissenschaftler und Nobelpreisträger George J. Stigler und Milton Friedman, James M. Buchanan, der hinlänglich bekannte Karl Popper sowie die *Kronberger Kreis*-Mitglieder Wernhard Möschel und Hans Willgerodt. Willgerodt, ein Neffe Wilhelm Röpkes, war schon seit den 70er Jahren Mitglied der *Mont Pèlerin Society*. Der amtierende Schatzmeister der internationalen Gesellschaft heißt Ed Feulner, hauptberuflich Chef der *Heritage Foundation*, die maßgeblich an der Durchsetzung des Reaganismus in den USA beteiligt war. Ein weiteres deutsches Mitglied der *Mont Pèlerin Society* ist der »Kronberger« Prof. Dr. Wolfram Engels, der Mitherausgeber und Chefkomentator der *Wirtschaftswoche*.

Die German Connection

Während in USA und Großbritannien schon vor den Machtwechseln ein breiter Deregulierungsfundus existierte, begann in Deutschland die nicht sehr kreative Schaffensphase erst nach der »Wende«, beflügelt durch Forschungsaufträge des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums. Eine wichtige bundesdeutsche Sammelstelle der Deregulierungswissenschaft bildete der aus sieben deutschen Professoren bestehende *Kronberger Kreis*: 1983 veröffentlichten Wolfram Engels, Armin Gutowski, Walter Hamm, Wernhard Möschel, Wolfgang Stützel, Carl Christian von Weizsäcker und Hans Willgerodt ihre erste Studie „*Mehr Mut zum Markt*“, der bis 1994 27 weitere „*Mehr Markt*“-Publikationen¹⁰ zu eben jenen Politikfeldern folgten, in denen seither nennenswerte politische Veränderungen des staatlichen Interventionsgefüges erfolgten.

Angesiedelt ist der *Kronberger Kreis* beim *Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung e.V.* in Bad Homburg, das neben den 28 *Kronberger Kreis*-Studien noch eine Vielzahl anderer neoliberaler Publikationen herausgibt.¹¹ Zu den Beratern des Instituts gehört im übrigen auch der mittlerweile im Vorstand des *Bundes Freier Bürger* aktive Professor Joachim Starbatty. Die »Kronberger« und einige weitere Wissenschaftscliquen¹² wurden in ihrer Initiative zur Stärkung ihrer wissenschaftlichen Marktmacht durch das *Bundeswirtschaftsministerium* (BMW) unterstützt. In führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und Gremien, vor allem im *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (SVR) und in den meisten wissenschaftlichen Beiräten der Ministerien, wa-

ren die neoliberalen Marktwirtschaftler zwar schon lange dominant¹³, aber die deutsche Kombination von liberaler Wirtschaftstheorie und sozialer Marktwirtschaftspolitik auf der Basis eines weitreichenden gesellschaftlichen Klassenkompromisses, der 1984 durch den Kampf um die *35-Stunden-Woche* nochmals verlängert werden konnte, verhinderte eine durchgreifende Umsetzung ihrer Vorstellungen. Nach der Wende wurden zunehmend rigorose Verfechter des Marktes vom FDP-BMWi beauftragt, anhand der ausländischen Erfahrungen mit der Deregulierung die Möglichkeiten für Deutschland auszuloten. Vor allem die Schriften des als Bannerträger des Neoliberalismus berüchtigten *Kieler Institut für Weltwirtschaft* schlugen sich in der Politikformulierung der Bundesregierung nieder.¹⁴

Das BMWi erklärte 1986 zum Thema Deregulierung/Entbürokratisierung: „*Entscheidend für ein künftiges Begrenzen der individuell wie gesamtwirtschaftlich nachteiligen Wirkungen von Bürokratie ist ein Klima, das das »Kostenbewußtsein« der politischen Entscheidungsträger stärkt*“, und, „...daß andere Länder wie die USA, Großbritannien oder auch Japan in wichtigen volkswirtschaftlichen Bereichen (z.B. Telekommunikation, Verkehr) forciert deregulieren.“¹⁵ Immer wieder wird international der »Sachzwang Weltmarkt« zur Begründung der Notwendigkeit der Deregulierung benutzt. Unerwähnt bleibt, daß z.B. im nordamerikanischen Freihandelsabkommen die Liberalisierung des Verkehrs weit hinter dem inzwischen erreichten EG-Niveau zurückbleibt.

Eine weitere Verstärkung erfuhr die Deregulierungswissenschaft in den 80er Jahren durch die angestrebte europäische Integration. Das Ziel hieß »Binnenmarkt«, flankiert durch ein großangelegtes Forschungsprogramm unter der Leitung von Paolo Cecchini zu den Kosten der Nicht-Verwirklichung des einheitlichen europäischen Marktes. Die angestrebte Einheitlichkeit soll nicht durch ein europäisches Regulierungsmodell, sondern durch die forcierte Deregulierung der nationalen Regelungsgefüge bewirkt werden. In der Konkurrenz der je nationalen Systeme können sich die entfesselten Marktkräfte mühelos ihre Wege bahnen und für nachhaltigen Anpassungs- und Konvergenzzwang sorgen. Erst allmählich dämmert es einigen EuropäerInnen, daß damit Kosten in ganz anderen Dimensionen entstehen. Der europaweiten Wissenschafts-Inszenierung des Cecchini-Berichtes entsprach auf deutscher Ebene die Einrichtung einer „unabhängigen Expertenkommission“.

Inszenierung von Wissenschaft

Am 16. Dezember 1987 beschloß die Bundesregierung die Gründung einer „*Deregulierungskommission*“, die am 10. März 1988 erstmals zusammentrat. Merkwürdi-

gerweise erhielten die Kommissionsmitglieder die gleichen Hausaufgaben wie die zuvor bestellten Gutachter – kein Wunder, daß kräftig abgeschrieben wurde. Erneut sollten die volkswirtschaftlichen Kosten bestehender Regulierungen, deren Bedeutung im internationalen Handel (besonders im Dienstleistungshandel) transparent gemacht, Auswirkungen der Deregulierung abgewogen, konkrete Deregulierungsvorschläge unter Berücksichtigung der GATT-Verhandlungen und generell Vorschläge für eine höhere Flexibilität der Wirtschaft erarbeitet werden.

nur zum Themenfeld Arbeitsmarkt ein Minderheitsvotum im Schlußdokument platzieren.

Die Zusammensetzung der Kommission war für die Einhelligkeit ebenso wie für die Inszenierung des Deregulierungswissens von erheblicher Bedeutung. Als Vorsitzender der Kommission wurde der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen B. Donges auserkoren, Direktor des *Instituts für Wirtschaftspolitik* in Köln, der 1969-89 am *Institut für Weltwirtschaft* in Kiel (seit 1983 als Vizepräsident) tätig war. Seit 1990 gehört Donges zum Beirat des *Kronberger Kreis*-Insti-



Die Kommission legte im März 1990 statt des Gesamtberichtes nur einen ersten Teil „*Marktöffnung und Wettbewerb*“ vor, der die Generalphilosophie „*Deregulierung als Programm?*“ sowie die Bereiche „*Versicherungswesen*“ und „*Verkehrswesen*“ behandelte. Erst nach der Bundestagswahl, nämlich im März 1991, erschien der fehlende, umstrittenere Teil, in dem die Bereiche „*Stromwirtschaft*“, „*technisches Prüfungs- und Sachverständigenwesen*“, die Märkte für „*Rechtsberatung*“ und „*Wirtschaftsberatung*“, das „*Handwerk*“ und der „*Arbeitsmarkt*“ mit Vorschlägen zum Abbau „*marktwidriger Regulierungen*“ versehen wurden. Vor allem mit Blick auf die Handwerksverbände hatte die Bundesregierung den Publikationstermin verschoben.

Zwischenzeitlich gelang es dem Arbeitsministerium, auf Betreiben der Gewerkschaften den ehemaligen Chef des *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB* (WSI), Heinz Markmann, in die Kommission einzuführen. Dieser konnte jedoch

tuts, für seine Leistungen wurde er 1992 mit der Berufung in den *Sachverständigenrat* belohnt. Das Kommissionsmitglied Olaf Sievert gehörte seit 1988 dem *Kronberger Kreis* an, war 1970-85 im *Sachverständigenrat*, erhielt 1985 den *Ludwig-Erhard-Preis* und wurde im gleichen Jahr in den wissenschaftlichen Beirat des BMWi berufen. Sein wichtigster Lehrer war der spätere Präsident des Kieler Instituts, Herbert Giersch¹⁶. Sievert geriet schon in den 70er Jahren immer wieder in Konflikt mit der SPD/FDP-Koalition und den Gewerkschaften, weil er „*stabilitätswidrige Tarifverträge*“ und zu viele Ansprüche an den Staat durch „*private Interessen*“ – vor allem der Gewerkschaften – kritisierte. Neben den hochkarätigen Ex-Kieler und *Kronberger Kreis*-Leuten waren die Verkehrswissenschaftler Basedow (1987 Förderpreis der *Stinnes-Stiftung*) und Ewers (*Institut für Verkehrswissenschaft* in Münster) vertreten. Kommissionsmitglied Wilhelm Wimmer, CSU-MdB und ehemaliger *Bayerischer*

Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, war Mitglied verschiedener Aufsichtsräte und mußte 1992 im Gefolge Stoltenbergs als parlamentarischer Staatssekretär im *Bundesverteidigungsministerium* zurücktreten. Eine weitere wichtige Gruppe bildeten die Unternehmer. Pikant ist die Beteiligung von Walter Sies, der als Generalbevollmächtigter des Spekulations-Konzerns *Metallgesellschaft* und zuvor fünf Jahre beim *Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung* tätig war. Erwähnenswert ist noch Heinz Greiffenberger, der die *Rosenthal AG* als Sprungbrett in die selbständige Unternehmerschaft nutzte. Insbesondere er war im Kommissionsalltag¹⁷ für das Element „*dynamisches Unternehmertum*“ zuständig und für die Finanzierung einer erneuten Veröffentlichung des vergriffenen Berichtes der Deregulierungskommission, da das Ministerium dafür keine Gelder mehr zur Verfügung stellen konnte.

Irrtum ausgeschlossen

Die Zusammensetzung der Kommission konterkariert die selbstkritische Aussage des BMWi, Deregulierung sei ein unbeliebtes Thema, da der zunehmende Einfluß von Interessengruppen auf die Politik „...in gewisser Weise zur *Anatomie der Verkrustung älterer Industrienationen*...“ gehöre.¹⁸ Die in der Kommission vertretenen Unternehmer waren selbstverständlich nur als „*unabhängige Experten*“ gefragt, und die überraschende Ähnlichkeit vieler Vorschläge der Kommission mit den Forderungen bekannter Interessengruppen des privaten Kapitals – z.B. die Übereinstimmung der Vorschläge zur Deregulierung im Verkehrswesen mit den Vorstellungen der Verladenden Industrie – widerspricht selbstverständlich nicht dem Kampf des BMWi gegen Verkrustung und Partikularinteressen.

Während in anderen Bereichen die Einrichtung von Kommissionen sowie Forschung im allgemeinen bisweilen als Politikersatz dienen, z.B. die Enquete-Kommission „*Schutz des Menschen und der Umwelt*“ des deutschen Bundestages oder der Beirat der Bundesregierung „*Globale Umweltveränderungen*“¹⁹, in manchen Fällen selbst die Aussagen regierungsnaher wissenschaftlicher Analysen einfach beiseite gewischt werden – so kürzlich die Kritik des Beirates des *Bundesverkehrsministeriums* an der Magnetschwebebahn *Transrapid* –, bedeutete die Einrichtung der Deregulierungskommission(en)²⁰ die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. „*Unabhängige Experten*“ dienen als gelehrte und gewitzte Läufer und Springer, die so manchen politischen Widerstand besser zu bekämpfen wissen als wissenschaftliche Bauern. Sie produzieren Legitimation und stellen Öffentlichkeitswirksamkeit her. Kritische Stimmen, wie in der Anhörung von fortschrittlichen Ökonomen und Arbeitsrechtlern (z.B. Rudolf Hickel und Wolfgang Däubler) zum Thema Arbeitsmarkt, schlugen sich nur im

Minderheitsvotum Markmanns nieder. Das Mehrheitsvotum ist vor allem durch die Lektüre des von Rüdiger Soltwedel und Mitarbeitern in Kiel vorgelegten Gutachtens und einiger weiterer pro-Deregulierungsschriften geprägt.²¹

Insgesamt erarbeitete die Kommission 97 Deregulierungsvorschläge, die von sechs Abgeordneten der Koalitionsparteien auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft wurden. In einem Kabinettsbeschluss vom 24. Juni 1992 heißt es, dreißig Vorschläge seien unmittelbar umzusetzen, bei „allen übrigen ... wurde die Umsetzung ... abgelehnt, zurückgestellt oder nicht ausdrücklich befürwortet, ... wurde eine weitere Prüfung angeregt (u.a. im Handwerk) oder ... wurde dem Vorschlag bereits ... Rechnung getragen.“²² Trotz dieser zögerlichen Bewertung stufte das BMWi die Arbeit der Kommission als äußerst erfolgreich ein – ohne die geballte Expertenmacht wäre die Durchsetzung einiger ihrer Deregulierungs-Vorschläge bei weitem weniger erfolgreich gewesen.

Eine Absolution von vernünftigen Begründungen erteilte sich die Kommissionswissenschaft vorweg. Unter dem Titel „Wirkungserwartungen“ heißt es, „Deregulierung im Sinne des Abbaus unnötiger Regulierungen trägt ihren Wert in sich, weil mehr Freiheit ihren Wert in sich trägt. Sie braucht nicht durch »Wirkungen« gerechtfertigt zu werden.“²³ Zwar heißt es beruhigend am Anfang des Dokuments, daß es „... selbstverständlich keine Deregulierung aus Prinzip ...“ gebe, (S.15) aber praktisch werden vernünftige Begründungen für Regulierungen als nicht-existent behandelt. So wird zwar z.B. im Kapitel »Verkehr und Umwelt« eine „aktive staatliche Politik“ zur umweltgerechten Ausgestaltung des Verkehrs gefordert – offensichtlich war es schon bis zur Deregulierungskommission vorgedrungen, daß ein gewisses Problem mit der Ökologie existiert –, aber erst nach der Deregulierung: „In der Tat, Deregulierung wird Straßenverkehr stark verbilligen und verbessern und es mag durchaus sein, daß er aus solchen und anderen Gründen stark zunimmt, so stark, daß wir ihn anschließend durch Abgaben wieder verteuern müssen, um ihn einzudämmen oder auf andere Verkehrsträger umzulenken, damit die Inanspruchnahme der Umwelt in Grenzen bleibt.“²⁴ Großzügig ignorierte die Kommission, daß die „Grenzen“ vielerorts längst überschritten sind. Zusätzlich ist die Folgenlosigkeit des Plädoyers für eine nachträgliche Umweltpolitik dadurch gesichert, daß vorhergehende Zugeständnisse spätere Interventionen auf gesteigerten Widerstand der Deregulierungsinteressenten im politischen Markt stoßen lassen werden. „Märkte können sich nicht irren“ erklärte der New Yorker Ökonom Israel Kirzner auf der Jahrestagung 1993 der *Mont Pèlerin Society*.²⁵ Selbst die Auflösung des Sozialismus wurde dort jedoch nur als ein „Etappe“ gewertet, der Kampf gegen die Regulierer wird in den und mit den interna-

tionalen Diskursgeflechten privater und öffentlicher Institutionen weitergeführt.

Bedarf an kritischer Wissenschaft

Nicht zuletzt durch die Besetzung aller wichtigen Politikfelder mit mediengerechter Expertise konnten neoliberale Strategien die gesellschaftliche Hegemonie erringen. Gewerkschaften wurden zu egoistischen Interessengruppen, während Unternehmerverbände sich in der Vertretung des Allgemeinwohls üben. Für eine Zukunft, die sich nicht vordringlich am Weltmarkt orientiert und keine Standort-Festung Deutschland nach neoliberalen Geschmack will, darf an kritischer Wissenschaft und neuen Wegen der Auseinandersetzung und Vermittlung nicht gespart werden.²⁶ Die als »Deregulierung« bemäntelte Umstrukturierung des Staatsapparates schreitet derweil weiter voran: Aufgrund des Erfolges der Arbeit der „unabhängigen Experten“ der Deregulierungskommission wurde kürzlich die Einrichtung einer nach ähnlichem Muster gestrickten „Entbürokratisierungs-Kommission“ zum Thema „Planungs- und Feststellungsverfahren“ beschlossen.

Anmerkungen

- 1) Rainer Hank feiert diese Entwicklung in der FAZ (6.1.1994) unter der Überschrift „Lohnpolitik in den Betrieben“ als Erfolg und sieht sie als Antwort auf die „gescheiterte Deregulierung von oben“.
- 2) Vgl. zur Entwicklung der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung: Otto Singer, Policy Communities und Diskurs-Koalitionen: Experten und Expertisen in der Wirtschaftspolitik, S.149-175, in: PVS Sonderband 24/1993
- 3) Gregg Easterbrook, Think-Tanks: Die neue Industrie, in: *Forum Wissenschaft*, 4/86, S.29-33.30. Vgl. auch David M. Ricci, The Transformation of American Politics, The New Washington and the Rise of Think Tanks, Yale University Press 1993
- 4) The long claws of the American Right, *Labor Research*, November 1988, S.17-18
- 5) Der schwedische Ökonom Assar Lindbeck, seit 1980 Vorsitzender des Nobelkomitees, „...verteilte die Auszeichnung in der Regel an technische Virtuosen, die davon ausgehen, daß die Marktkräfte allein alles ins Lot bringen. Jede Form sozialstaatlicher Tätigkeit wird dagegen als egoistisches, schädliches Sonderinteresse betrachtet.“ Vgl. zur Einseitigkeit bei der Auswahl der Nobelpreisträger Wolfgang Zank, Wie von unsichtbarer Hand, S.38, in: *Die Zeit*, Nr.50, 10.12.1993
- 6) Das Buch ist den „Sozialisten in allen Parteien“ gewidmet. Hayek schrieb allen Keynes-Anhängern die Verantwortung für den Weg in Totalitarismus und Knechtschaft zu. 1991 erschien im Verlag Bonn aktuell eine Neuaufgabe mit einem Vorwort von Otto Graf Lambsdorff. Eine weitere Auflage sowie zahlreiche US-amerikanische neoliberale Schriften verbreitet der Münchener Philosophia-Verlag.
- 7) Detmar Doering, Radikale Antworten auf den Postsozialismus, Eindrücke von der Jahrestagung der *Mont Pèlerin Society*, in: *Neue Züricher Zeitung*, 15.9.1993
- 8) 1979 beschloß z.B. die OECD eine Empfehlung an alle Mitgliedsländer, in der diese zur Deregulierung aufgefordert werden.
- 9) Darüber hinaus gibt es zahlreiche andere »Produktionsstätten« neoliberalen Gedankengutes, z.B. die *Friedrich Naumann Stiftung* oder die Professoren um das seit Anfang der 80er Jahre erscheinende *Jahrbuch für neue politische Ökonomie*.

- 10) Z.B. „Mehr Markt im Verkehr“ (1984), „Mehr Markt im Arbeitsrecht“ (1986), „Mehr Markt in der Telekommunikation“ (1987) und „Mehr Markt in der Energiewirtschaft“ (1989)
- 11) Z.B. *Argumente zur Wirtschaftspolitik* (bislang 47), *Argumente zur Europapolitik* (bislang 3), sechs Tagungsbände und etliche Bücher (überwiegend *Kronberger Kreis-Studien* in Hardcover)
- 12) Vgl. z.B. für den Bereich des Arbeitsrechts die Hinweise im Aufsatz von Ulrich Mückenberger, Der diskrete Charme des neuen arbeitsrechtlichen Konservatismus, S.197-222, in: H. Epskamp u.a., Die neokonservative Verheißung und ihr Preis, Köln: bund Verlag 1989
- 13) Vgl. Otto Singer, a.a.O.
- 14) z.B. die Studie „Deregulierungspotentiale in der Bundesrepublik Deutschland“ (1986)
- 15) BMWi-Memo vom 25.2.1986
- 16) Giersch ist einer der wichtigsten Wortführer der Neoliberalen und Mitunterzeichner des Ökonomenmanifests gegen Maastricht. 1993 erhielt er den *Prognos-Preis* und erläuterte in Basel die Krise der Marktwirtschaft: „Was an der Marktwirtschaft in der Krise ist, ist nicht der Kern, sondern der staatliche Ordnungsrahmen und das Geflecht protektionistischer Interessengruppen...“ (*Handelsblatt*, 18.10.1993)
- 17) „Die Greiffenberger AG ist ein Programm“, heißt es in einem Artikel über Greiffenberger in der FAZ am 18.2.1991, und der Unternehmer sagte, „Die scharfe Trennung zwischen Freizeit und Beruf ist ein großer Fehler.“
- 18) BMWi Dokumentation Nr. 329
- 19) Vgl. Gerald Geißler, Forschen bis zum bitteren Ende, In Zeiten leerer Kassen leistet sich Bonn einen zweiten Umweltrat. Was steckt dahinter?, in: *Politische Ökologie*, Nr.33, Sept./Okt. 1993, S.14-15
- 20) Die *Unabhängige Regierungskommission Bahn* z.B. arbeitete ähnlich. Sie wurde in ihrer Arbeit effektiv durch das *Verkehrsforum Bahn e.V.*, eine Wirtschaftsvereinigung von ca. 240 Unternehmen unter Vorsitz des vor kurzem verstorbenen Hermann Josef Abs, dem langjährigen Chef der *Deutschen Bank*, unterstützt. Vgl. Henrik Paulitz, Geschäfte Erster Klasse. Die Bahnreform als Ende der Verkehrspolitik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/93, S.1487-1493
- 21) Vgl. Arbeitsmarkt-Deregulierung, Argumente auf tönernen Füßen, Prof. Hickel wertet die Kommissionsvorschläge als schlimmen Rückfall in den Manchester-Kapitalismus, *Frankfurter Rundschau*, 30.4.1991. Die Grundlagen der aktuellen Arbeitsmarkt-Deregulierungsposition lassen sich übrigens schon im 1968 in Kiel gehaltenen und publizierten Vortrag von Hayeks zum Thema „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ nachlesen. Damals waren die Vorschläge zur politischen Umsetzung allerdings noch sehr defensiv und pessimistisch.
- 22) Das BMWi war viel enthusiastischer in seiner Bewertung und hätte gerne konsequenter gehandelt, vgl. BMWi-Dokumentation Nr. 329
- 23) Deregulierungskommission, Marktöffnung und Wettbewerb. Erster Bericht, S.43
- 24) Ebd., S.212/13
- 25) Detmar Doering, a.a.O.
- 26) Das Stichwort Deregulierungskommission kam z.B. in den Gewerkschaftsjahrbüchern der Jahre 1990-92 nur im Kapitel „Arbeitsrecht“ vor, wie auch in vielen anderen Gewerkschaftspublikationen die Beschäftigung mit dem Arbeitsmarkt im allgemeinen dominierte. Die anderen von dieser Kommission und anderen Deregulierungsgremien beackerten Politikfelder wurden kaum öffentlich (wissenschaftlich gestützt) kritisiert. Eine Gegenkommission (ähnlich z.B. der Arbeit der *Memorandum-Gruppe*) hätte kritischen Expertisen zur Bahn- und Postprivatisierung, zum Verkehrsmarkt etc. möglicherweise eine breite Öffentlichkeit verschaffen können.

Dieter Plehwe ist Politologe, promoviert über Deregulierungspolitik in der Europäischen Union und arbeitet in der Geschäftsführung des BdWi